



Liebe Leser,
im Blauen Rundbrief der Woche informieren wir Sie fortlaufend über die aktuellen Presse- und sonstigen Mitteilungen der Alternative für Deutschland, Sachsen und aus Ihrem Kreisverband.

Inhaltsverzeichnis

Aktuelles aus dem Kreisverband Bautzen	5
Finde Deinen Autokorso – Wir fahren für die Freiheit!.....	5
AfD-Fraktion im Kreistag Bautzen	5
Widerspruch gegen die Allgemeinverfügung vom 05.04.2021	5
Pressemitteilungen der Landtagsabgeordneten des KV Bautzen.....	7
Stadtrat Bautzen	7
Pandemie und / oder Vision „Spreeator“ ? !.....	7
Termine – Kreisverband Bautzen.....	8
Hilse aktuell - Bericht aus dem Bundestag	8
Webseite Karsten Hilse, MdB	8
Neues von der AfD Sachsen und der Fraktion im Sächsischen Landtag 9	
Vorsicht, Post aus Sachsen! Die Sonntagskolumne von Jörg Urban vom 4.4.2021	9
PRESSEMITTEILUNGEN vom Osterwochenende 2021.....	10
AfD-Anfrage: Gewalt gegen Rettungskräfte erneut gestiegen!	10
AfD deckt auf: Asylbewerber verursachen 574.436,88 € Dolmetscher-Kosten vor Gericht	11
PRESSEMITTEILUNGEN vom 7.4.2021	11
AfD unterstützt Petition gegen Diätengier der Altparteien	11
AfD enthüllt: 25 Krankenhäuser in Sachsen geschlossen.....	12
PRESSEMITTEILUNGEN vom 8.4.2021	12
Was bitteschön ist „Ethnosexismus“??? Täter werden zu Opfern gemacht	12
Sachsen-MP will harten Brücken-Lockdown.....	13
Elektromobilität: CDU subventioniert Zerstörung von Arbeitsplätzen!	13
Neues von der Alternative für Deutschland	15
PRESSEMITTEILUNGEN vom Osterwochenende 2021.....	15
Präsident des Verfassungsgerichts verteidigt Merkels Chaos-Politik.....	15



PRESSEMITTEILUNGEN vom 7.4.2021	15
Carsten Hütter zur sächsischen Munitionsaffäre	15
Also doch: Söder will Sonderrechte nach Impfung!.....	16
Neues von der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag	17
PRESSEMITTEILUNGEN vom Osterwochenende 2021.....	17
Deutschland sollte sich bei PCR-Tests an WHO-Empfehlung halten.....	17
Keine Impfpflicht durch die Hintertür.....	17
Freiheitsrechte der Bürger unverzüglich wiederherstellen	18
PRESSEMITTEILUNGEN vom 6.4.2021	19
Kein weiteres Flüchtlingsabkommen mit der Türkei.....	19
Abitur darf nicht entwertet werden	19
Fachfremde Pflanzenschutzmittelverbote schaden der Insektenvielfalt	20
Deutschland muss sich für mehr Dialog über Sicherheitsfragen in der Nahmittelostregion starkmachen.....	20
„Brückenlockdown“ ist kosmetischer Etikettenschwindel für ein gescheitertes Konzept!.....	21
PRESSEMITTEILUNGEN vom 7.4.2021	22
Covid-19-Todesfälle laut RKI um 80 Prozent zurückgegangen.....	22
Raus aus dem ewigen Lockdown	22
Eine angebliche „Fallakte Putin“ in der Dresdner Unterlagenbehörde (BStU) existiert nicht ...	22
IWF-Wachstumsreport ist Versagerattest für Coronapolitik der Bundesregierung	23
Entwurf des Härtefallfonds ist ein Armutszeugnis für die Bundesregierung	24
Grundrechte gelten für alle	24
PRESSEMITTEILUNGEN vom 8.4.2021	25
Entmachtung der Länder – Verfassungsbruch als Merkels "Abschiedsgeschenk"!.....	25
Kürzung der Verhinderungspflege ist Schlag ins Gesicht für Eltern mit behinderten Kindern..	25
PRESSEMITTEILUNGEN vom 9.4.2021	26
Bundestag muss Kanzlerin und Ministerpräsidenten nicht um Erlaubnis fragen!	26
Lockdowns sind keine Lösung für Missmanagement in der Intensivmedizin.....	26
Spannungen in der Ostukraine – Keine falschen Signale an Kiew.....	27
Gesetzliche Regelung der Finanzierung ‚politischer Stiftungen‘ ist überfällig.....	27
Video-Empfehlungen	29
Kanal der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag	29
Kanal der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag.....	29
Kanal von AfD Kompakt TV	29
Wochenendpodcast der AfD.....	29



AfD im EU-Parlament.....	29
Meldungen aus Deutschland und der Welt	30
Vermischtes aus Deutschland und der Welt.....	30
Klößner kündigt Lagezentrum zur Ernährungssicherstellung an.....	30
Merkel will Maaßen für den Bundestag verhindern – Landeschef Hirte verschiebt Nominierungssitzung.....	30
Nächster Umfrage-Tiefschlag für CDU und Ministerpräsident Kretschmer: AfD zieht in Sachsen vorbei	30
Verfassungsgerichts-Präsident Harbarth offen für Verlängerung der Wahlperiode von vier auf fünf Jahre	30
Informationen zum Coronavirus	30
Robert Koch-Institut: COVID-19-Dashboard	30
Johns Hopkins Universität: COVID-19-Dashboard	30
Aktuelle Belegungssituation intensivmedizinischer Bereiche der Krankenhaus-Standorte Deutschlands	30
Brigitte: „Maskenverweigerer“ sollen potentielle Psychopathen sein, die man meiden sollte ..	30
Spahn stellt Geimpften Freiheiten in Aussicht	30
Reich durch Corona: Wie deutsche Konzerne mit staatlichen Hilfsgeldern Kasse machen.....	30
Herr Stöcker erfand einen Impfstoff – und nun droht ihm Haft	31
„Ohne neue Erkenntnisse werde ich meine Patienten nicht mit Astrazeneca impfen“	31
Merkel für kurzen und einheitlichen Lockdown	31
Douglas, MediaMarkt-Saturn, Esprit: Alarm in den Innenstädten - 120.000 Läden vor dem Aus	31
EMA empfiehlt weiterhin Astrazeneca-Impfstoff – „Nutzen größer als Risiko“	31
Merkel plant Lockdownpflicht für Länder	31
Wie Merkel jetzt alle Corona-Macht ins Kanzleramt katapultieren will.....	31
Zahlen zum Tage: Wir testen uns zu Tode, wir fürchten uns zu Tode.....	31
Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte gibt grünes Licht für Zwangsimpfungen	31
Corona-Infos für Sachsen	31
Sächsische Corona-Schutz-Verordnung.....	31
Corona-Schutz-Verordnungen und Informationen für den Landkreis Bautzen	31
Corona-Statistik Landkreis Bautzen	31
Kretschmer unterstützt Laschet-Vorstoß zu «Brücken-Lockdown»	32
Unschöne Nachrichten ... aus der Kategorie „Bereicherung“	32
Zwei Jugendliche sollen Frau in Parkhaus vergewaltigt haben – Haftbefehl	32
Berlin: Arabische Clans bedrohen Mitarbeiter der Justiz.....	32



Sea-Watch-4 hisst Antifa-Flagge.....	32
Frauen gejagt und vergewaltigt – nächster Angeklagter vor Berliner Gericht.....	32
Leverkusener Tierpark schließt wegen Clan-Beerdigung.....	32
Fakten in Bildern	33
Achtung Satire!	35
Kommunalmandate im KV Bautzen	36
PRESSE-ARCHIV.....	36
SPENDENKONTO.....	36
KONTAKT:.....	36

Aktuelles aus dem Kreisverband Bautzen

Finde Deinen Autokorso – Wir fahren für die Freiheit!



AfD-Fraktion im Kreistag Bautzen

Widerspruch gegen die Allgemeinverfügung vom 05.04.2021

Sehr geehrter Herr Landrat Harig,

mit Ihrer neuesten Allgemeinverfügung vom 05.04.2021 wollen Sie den Bürgern im Landkreis unterschiedliche Rechte in Abhängigkeit von tagesaktuellen negativen Corona-Schnelltests zugestehen. Das ist aus unserer Sicht der **Beginn einer Zweiklassengesellschaft** nach Bewertung biologischer Merkmale.

Seit der ersten Ihrer Corona-Allgemeinverfügungen beobachten wir die zunehmende Einschränkung unserer Freiheitsrechte.

Jetzt heben Sie sogar die Gleichbehandlung auf!

Die verordnete Testpflicht verfolgt kein gesundheitspolitisches Ziel, sondern eher jenes der Abschreckung. Jeder Einkauf, Museumsbesuch oder eine Urlaubsreise soll in ein unerträgliches bürokratisches Desaster verwandelt werden durch Wartezeiten, Terminbuchungen, unvorhersehbare Kosten, Quarantänezwang und Strafen wegen willkürlicher Regeln.



Medial wird **die gesellschaftliche Ausgrenzung** derer schon vorbereitet, die sich dem Test- und Impfirrsinn **nicht beugen** wollen.

Die von Ihnen forcierte und installierte inflationäre Testerei wird mathematisch erwartungsgemäß wieder zu einer steigenden Anzahl von positiven Testergebnissen führen.

Die Undurchschaubarkeit bei der Aufrechnung der positiv Getesteten trägt zu einem kontinuierlichen Anheizen der vermeintlichen Fallzahlen bei.

Mehr Positive, mehr Maßnahmen – noch mehr Positive, noch mehr Maßnahmen und noch mehr Druck für Tests und Impfung in dieser menschenfeindlichen Pandemiesimulation von gewissenlosen Virologen und Politikern.

Ihre beratungsresistente geschlossene Anstalt des Gesundheitsamtes agiert gegen die Interessen der eigenen Bürger wegen einer der im Weltvergleich mit Abstand am wenigsten tödlichen Seuche der Geschichte.

Nur 0,03 Prozent der Weltbevölkerung sind bisher an oder mit Covid 19 gestorben, also 99,97 Prozent haben überlebt.

Dafür der Irrsinn der Zerstörung des öffentlichen und wirtschaftlichen Lebens, der unglaublichen Verbote, der Angstverbreitung, der Uniformierung mit unnützen oder schädlichen Masken, dem Impfen bis zur Hirnvenenthrombose, dem Brechen des freien Willens, strenger Strafen für Nichtigkeiten, Existenzzerstörungen, Schäden und Verluste ganzer Bildungsjahrgänge, das Ausmerzen von Freude, Glücksmomenten, Gemeinsamkeit, Zuneigung, Berührung, Umarmung, Feiern, tradierter nationaler und kultureller Überlieferungen usw. ...

Herr Landrat, Sie schreiben von Lockerungen, welche in Wirklichkeit zynische Verschärfungen sind, und kündigen gleichzeitig deren Aufhebung an, wenn es zur Überschreitung einer festgelegten Anzahl belegter Krankenhausbetten kommt.

Der Staatsrechtler Paul Kirchhof und ehemaliger Vize-Verfassungsgerichtspräsident stellte gegenüber der „WELT“ kürzlich **die Rechtslage so dar**, daß der Staat die Eingriffe mit einer **möglichen Überlastung des Gesundheitssystems nicht begründen kann**. Der Schutz des Gesundheitssystems könne „nur ein Hilfsziel für den Schutz von Leben und Gesundheit in extremer Not sein“, so der Staatsrechtler, „Allein um staatliche Therapieeinrichtungen nicht zu überlasten, **dürfen die Grundrechte des Bürgers nicht beschränkt werden**. Da muss der Staat dann schlicht mehr Einrichtungen schaffen.“

Das leuchtet jedem Menschen mit klarem Verstand ein, zumal der Staat Monate dafür Zeit hatte. Tatsächlich baute er aber in dieser Zeit Kapazitäten ab und schloß ganze Krankenhäuser.

Im Namen der AfD-Fraktion verlange ich die Rücknahme der Allgemeinverfügung vom 05.04.2021 in Verbindung mit einer sofortigen Rückkehr **zur unbeeinträchtigten Lebensvielfalt der Menschen in unserem Landkreis**.

Mit freundlichen Grüßen

Henry Nitzsche
Fraktionsvorsitzender
Hoyerswerda 6.4.2021



Pressemitteilungen der Landtagsabgeordneten des KV Bautzen

Stadtrat Bautzen

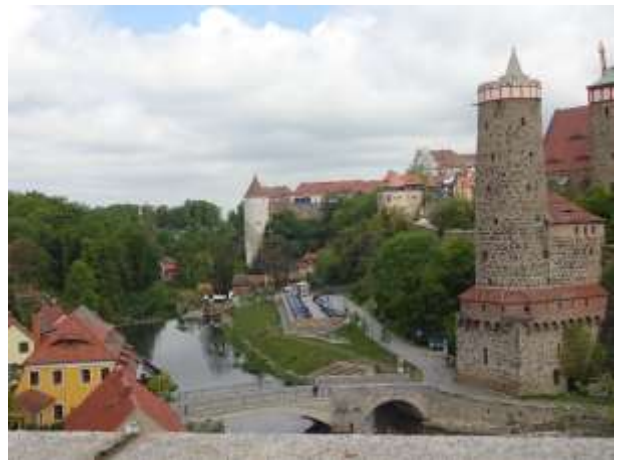
Pandemie und / oder Vision „Spreetor“ ? !

Auch die Bautzener Stadtgesellschaft beschäftigt z. Zt. vor allem ein Thema: die Auswirkungen / Maßnahmen der sogenannten C- Pandemie.

Negative finanzielle Auswirkungen hat dies neben Selbständigen, Gewerbetreibenden, Gastronomen und Anderen auch für den Haushalt der Stadt Bautzen.

So ergibt sich für das Jahr 2021 ein Fehlbetrag von ca. 3,5 Mill. Euro und 2022 von ca. 4 Mill. Euro.

Freiwillige Leistungen der Stadt und geplante Projekte können zum Teil nicht mehr finanziert werden.



Auch die geplante Sanierung der Schiller-Kita kann 2021 wegen Geldmangel nicht erfolgen. Wenn wir für das Wohl unserer Kinder kein Geld haben, erscheint es verwunderlich, dass Bautzen für die Vision „Spreetor“ z. Zt. Geld hat und auch noch ausgeben will.

Eine jetzt veröffentlichte „Studie zur Ermittlung der touristischen Wertschöpfung durch den Bau einer Fußgängerbrücke“ einer Düsseldorfer Firma, für ca. 25.000 Euro, wirbt mit fragwürdigen, unrealistischen Zahlen zum Tourismus für diese Brücke.

Von den, mit Stadtratsbeschluss vom März 2019, bewilligten 300,- T Euro für die Planung des Brückenbaus sind noch ca. 238,- T Euro im Bestand.

Im Haushaltsplan 2021 sind für die Brücke weitere 180,- T Euro geplant, was wir nicht richtig finden. Also insgesamt eine Summe 418,- T Euro.

Bei dem herrschenden finanziellen Defizit der Stadt und der finanziellen und moralischen Krise vieler Menschen der Stadtgesellschaft verbietet es sich, z. Zt. weitere Gelder für dieses Projekt auszugeben.

Unsere beiden Anträge zur Durchführung eines Bürgerentscheids zum Brückenbau vom 30.10.2019 und 30.09.2020 wurden von den anderen Fraktionen abgelehnt.

Ob für die zukünftige Entwicklung der Stadt Bautzen eine neue Spreebrücke zur Ortenburg als extremer Eingriff in das Stadtbild mit jahrhunderte alten Mauern und Gebäuden eine wichtige, bzw. entscheidende Rolle spielt, ist sehr umstritten. Ebenso umstritten ist, ob die enormen Kosten für Planung, Bau sowie Folge- und Unterhaltungskosten der Brücke gerechtfertigt sind.

Wir denken: NEIN.



AfD – Stadtratsfraktion Bautzen

Termine – Kreisverband Bautzen

Sa	17.04.21	12.30 Uhr	Dresden Neumarkt	KUNDGEBUNG der AfD Sachsen "Es reicht" Wir machen den Mund auf!"
Do	22.04.21	14.00-17.00 Uhr	Bürgerbüro Bautzen Karl-Marx-Straße 15 02625 Bautzen	BÜRGERSPRECHSTUNDE der AfD-Stadtratsfraktion Bautzen
Do	29.04.21	10.00-14.00 Uhr	Reichenstraße (am Reichturm) Bautzen	INFOSTAND BUNDESTAGSWAHLKAMPF mit Karsten Hilse und dem Kreisverband Bautzen
Mi	05.05.21	14.00-17.00 Uhr	Bürgerbüro Bautzen Karl-Marx-Straße 15 02625 Bautzen	BÜRGERSPRECHSTUNDE mit Jörg Urban, Landesvorsitzender der AfD Sachsen
Do	06.05.21	14.00-17.00 Uhr	Bürgerbüro Bautzen Karl-Marx-Straße 15 02625 Bautzen	BÜRGERSPRECHSTUNDE der AfD-Stadtratsfraktion Bautzen
Mo	10.05.21	14.00-17.00 Uhr	Bürgerbüro Bautzen Karl-Marx-Str. 15 02625 Bautzen	BÜRGERSPRECHSTUNDE mit Karsten Hilse, MdB
Di	11.05.21	14.00-17.00 Uhr	Bürgerbüro Hoyerswerda Friedrichsstr. 9 02977 Hoyerswerda	BÜRGERSPRECHSTUNDE mit Karsten Hilse, MdB
Mi	12.05.21	14.00-17.00 Uhr	Bürgerbüro Kamenz Klosterstr. 4 01917 Kamenz	BÜRGERSPRECHSTUNDE mit Karsten Hilse, MdB

Alle Termine finden Sie unter: <http://www.afdbautzen.de/veranstaltungshinweise/>

Hilse aktuell - Bericht aus dem Bundestag

Webseite Karsten Hilse, MdB

Die Internetseite unseres Bundestagsabgeordneten Karsten Hilse ist online.

Unter www.karstenhilse.de können Sie sich immer über ihn und seine Arbeit informieren.



Neues von der AfD Sachsen und der Fraktion im Sächsischen Landtag

Vorsicht, Post aus Sachsen!

Die Sonntagskolumne von Jörg Urban vom 4.4.2021

Liebe Freunde, liebe Leser,

nun stehen wir vor dem zweiten Osterfest mit massiven Einschränkungen unserer Freiheiten. Zum höchsten Fest der Christenheit drängt die Regierungspartei mit dem „C“ im Namen auf Absage von Gottesdiensten oder zumindest deren Einschränkung.

Kirchenoberhäupter, die - gleich unseren Mächtigen im Staat - schon längst den Kontakt zu ihrer Basis verloren bzw. aufgegeben haben, fügen sich oder stimmen in die Verbotskantaten ein.

Immerhin bleiben den Christen und uns allen dieses Mal fatale Nacherzählungen bzw. Umdeutungen biblischen Geschehens, wie seinerzeit in der Vorweihnachtszeit von Margot Käßmann oder Michael Kretschmer angestimmt, erspart.

Im zweiten Jahr des „Lockdown“ scheint es, als hätten die Regierenden immer mehr Gefallen an der Politik des Schließens, teilweise Öffnens, um dann wieder zu schließen, gefunden. All dies geschieht ohne Rücksicht auf die immensen Freiheitseinschränkungen der Bürger sowie die gewaltigen, sich mehr und mehr offenbarenden gesundheitlichen, wirtschaftlichen, sozialen und psychischen Folgeschäden. Nicht zu vergessen, die finanziellen Lasten, welche nachfolgenden Generationen aufgebürdet werden.

Die AfD ist derzeit die einzige Partei, die konsequent für die Wiederinkraftsetzung der Grundrechte kämpft. Wir sind die einzige Partei, die sich sowohl parlamentarisch als auch außerparlamentarisch und ebenso juristisch für die Geltung unseres Grundgesetzes – auch und besonders – in der Corona-Zeit einsetzt.

Als echte Mitmachpartei wird der Protest gegen die massiven Freiheitsbeschränkungen nicht nur durch Abgeordnete und Funktionäre der AfD vorgetragen. Viele unserer engagierten Mitglieder





organisieren Demonstrationen, Autokorsos, kreative Protestaktionen, um den Bürgern eine Stimme zu geben, die sonst nicht zu Wort kommen. Im Austausch mit vielen unabhängigen Initiativen und Organisationen sorgen unsere Mitglieder dafür, dass Menschen zueinander finden, dass Gemeinschaften sich nicht spalten lassen, dass man gemeinsam für die Freiheit kämpft.

Liebe Freunde, liebe Leser,

Christen feiern das Osterfest als das Fest der Auferstehung, der Liebe, der Freude und der Hoffnung. Teilen wir gemeinsam Hoffnung und Zuversicht! Bleiben wir stark und bleiben wir guten Mutes!

Frohe Ostern wünscht

Ihr Jörg Urban

<https://www.facebook.com/joerg.urban.mdl/photos/a.922706534487911/3924384974320037/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom Osterwochenende 2021

AfD-Anfrage: Gewalt gegen Rettungskräfte erneut gestiegen!

Übergriffe auf Mitarbeiter der Rettungsdienste sind im letzten Jahr in Sachsen von 82 auf 105 deutlich gestiegen. Rettungsassistenten und Feuerwehrleute hatten besonders unter tätlichen Angriffen und Körperverletzung zu leiden. Insgesamt waren drei Schwerverletzte und 50 leichtere Verletzungen zu beklagen. In Leipzig war die Gefahr für Rettungskräfte erneut am größten, ergab die AfD-Anfrage (7/5448).



Carsten Hütter, sicherheitspolitischer Sprecher der AfD-Fraktion, erklärt:

„Die zunehmende Gewalt gegen unsere Rettungskräfte macht mich fassungslos. Ich erwarte von der CDU-Landesregierung, diese hinterhältigen Straftaten endlich effektiv zu bekämpfen. Hier muss das Strafmaß deutlich angehoben und mit einer Null-Toleranz-Strategie auch umgesetzt werden. Wenn letztes Jahr nur ein Gewalttäter ins Gefängnis musste und die Mehrheit mit Geldstrafen davonkam, ist das Abschreckungspotential offensichtlich zu gering.

Zudem muss die Regierung die vielen Übergriffe in Leipzig aufklären. Hier fielen in den letzten zwei Jahren besonders Linksextremisten auf, die zahlreiche Baustellen in Brand steckten und anschließend die Feuerwehr attackierten. Dass die Regierung angeblich keine Erkenntnisse über politisch motivierte Übergriffe auf Rettungskräfte hat, halte ich für eine Farce und einen Schlag ins Gesicht der Feuerwehrleute.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/afd-anfrage-gewalt-gegen-rettungskraefte-erneut-gestiegen/>



AfD deckt auf: Asylbewerber verursachen 574.436,88 € Dolmetscher-Kosten vor Gericht

Seit Jahren ersticken die sächsischen Verwaltungsgerichte in einer Flut von Klagen, weil jeder abgelehnte Asylbewerber auf Kosten der Steuerzahler gegen seine Abschiebung klagen kann.

Wie jetzt die AfD-Fraktion aufdeckte, sind insgesamt Dolmetscherkosten von üppigen 574.436,88 Euro an Verwaltungsgerichten angefallen. Vor zehn Jahren betrug die Summe noch 29.613 Euro.

„Diese Verschwendung von Steuergeldern muss endlich aufhören“, findet der AfD-Landtagsabgeordnete [Alexander Wiesner](#). „Es ist schon schlimm genug, dass sich aufgrund der verfehlten CDU-Einwanderungspolitik hunderttausende [Wirtschaftsmigranten](#) in Deutschland befinden, die nun mit hohem Aufwand wieder abgeschoben werden müssen.“

Wenn diese illegalen Einwanderer dann auch noch gegen ihre Abschiebung klagen dürfen, verstehen viele Bürger die Welt nicht mehr. Das Klagerecht gegen Asylbescheide muss erheblich eingeschränkt werden, sonst steht der soziale Frieden immer mehr auf der Kippe.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/afd-deckt-auf-asylbewerber-verursachen-574-43688-e-dolmetscher-kosten-vor-gericht/>



PRESSEMITTEILUNGEN vom 7.4.2021

AfD unterstützt Petition gegen Diätengier der Altparteien

Mehrere sächsische Publizisten und Kommunalpolitiker haben eine Petition zur Verhinderung der Diätenerhöhung im Sächsischen Landtag angeschoben. Dazu erklärt der AfD-Fraktionsvorsitzende [Jörg Urban](#):



„Die AfD hat die Diätengier der Altparteien von Anfang an scharf zurückgewiesen. Gleiches gilt für die zur Debatte stehende Erhöhung der Fraktionsgelder und Mitarbeiterpauschale der Abgeordneten. Daher begrüßen wir die Petition ausdrücklich und wünschen ihr maximalen Erfolg.“

Es ist unverschämte, anderen Menschen das Arbeiten zu verbieten, sich aber gleichzeitig die Taschen mit Steuergeldern füllen zu wollen. Die schwarz-grün-rote Regierung unter CDU-Ministerpräsident Michael Kretschmer scheint unseren Staat mit einem Selbstbedienungsladen zu verwechseln. Denn neben der Diätenerhöhung ist sie insbesondere damit beschäftigt, neue Pöstchen in den Ministerien zu schaffen, um dort Parteifreunde und Familienangehörige unterzubringen.



Diesen neuen Sachsensumpf müssen wir trockenlegen und freuen uns dabei über jede Unterstützung.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/afd-unterstuetzt-petition-gegen-diaetengier-der-altparteien/>

AfD enthüllt: 25 Krankenhäuser in Sachsen geschlossen

Mit einer Kleinen Anfrage (Drs. 7/5732) hat die AfD-Fraktion enthüllt, dass im Freistaat #Sachsen seit 1990 insgesamt 25 Krankenhäuser geschlossen wurden. Die Anzahl der Krankenhausbetten sank in diesem Zeitraum um 9.144. Mit dem Bevölkerungsrückgang lassen sich die Schließungen indes nicht erklären, denn auch die Anzahl der Krankenhausbetten je 100.000 Einwohner nahm ab. Besonders betroffen davon ist der ländliche Raum.

Auf die AfD-Enthüllungen von der Sächsischen Zeitung angesprochen, verteidigte CDU-Generalsekretär Alexander Dierks die Einsparungen im Gesundheitsbereich. „Das ist auch klugen Strukturentscheidungen in den 1990er-Jahren geschuldet“, so Dierks. Er übersieht dabei, dass in den 1990ern nur elf Krankenhäuser geschlossen wurden, ab dem Jahr 2000 jedoch 14 wegfielen.

Wenn dieser Tage also über knappe Kapazitäten in unseren Krankenhäusern geklagt wird, so ist die Ursache dafür leicht zu benennen. 30 Jahre lang hat die durchgängig regierende CDU den Rotstift im Gesundheitswesen angesetzt und rund ein Viertel der Krankenhäuser eingespart. Das rächt sich jetzt.

<https://afd-fraktion-sachsen.de/afd-enthuehlt-25-krankenhaeuser-in-sachsen-geschlossen/>



PRESSEMITTEILUNGEN vom 8.4.2021

Was bitteschön ist „Ethnosexismus“??? Täter werden zu Opfern gemacht

Mit dem Geld der Steuerzahler fördert die CDU-Regierung absurde Initiativen. So hat letztes Jahr der „Verband binationaler Familien e.V.“ 174.000 Euro erhalten, um „antimuslimischen Rassismus“ und „Ethnosexismus“ in Sachsen zu bekämpfen. Das deckte die AfD-Anfrage (7/5574) des Abgeordneten [Carsten Hütter](#) auf.

Jetzt werden Sie sich fragen, wie man gegen eine Religion „rassistisch“ sein kann und was zum Teufel „Ethnosexismus“ sein soll. Den Begriff hat die „Genderforscherin“ Gabriele Dietze erfunden, nachdem ein muslimischer Sex-Mob auf dem Kölner Hauptbahnhof Silvester 2016 massenhaft deutsche Frauen attackierte.

Dietze wollte mit dem Begriff aber nicht auf das Leid der einheimischen Frauen hinweisen, sondern auf die armen Muslime, weil diese nach Köln schief angeschaut wurden. Hier werden also Täter zu Opfern gemacht und auch noch mit Steuergeld gepampert.

„Laut Polizeistatistik sind Asylbewerber bei Sexualdelikten in Sachsen stark überrepräsentiert“, erklärt Carsten Hütter. „Das Geld gegen angeblichen ‚Ethnosexismus‘ sollte also zur Aufstockung



der Polizei verwendet werden, um unsere Frauen vor sexuellen Übergriffen zu schützen. Die CDU muss aufhören, mit Steuergeld dubiose Vereine zu finanzieren.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/was-bitteschoen-ist-ethnosexismus-taeter-werden-zu-opfern-gemacht/>

Sachsen-MP will harten Brücken-Lockdown

„Kretschmer unterstützt harten Brücken-Lockdown“, titeln aktuell mehrere sächsische Medien. Zuerst hatte NRW-Ministerpräsident Laschet (CDU) einen so genannten „Brücken-Lockdown“ gefordert, wonach das öffentliche Leben für weitere Wochen lahmgelegt und Grundrechte ausgehebelt bleiben sollen. Nun schließt sich auch Sachsens CDU-Ministerpräsident Kretschmer dieser Forderung an.



Dazu erklärt Sachsens AfD-Generalsekretär, Jan Zwerg:

„Wie lange soll dieser sinnlose Lockdown noch fortgesetzt werden? Das ist absolute Konzeptlosigkeit, gepaart mit einer wirtschafts- und bürgerfeindlichen Politik, die von der CDU betrieben wird. Anstatt aufzuzeigen, wie wir aus dieser ganzen Situation rauskommen, wann die Freiheitsbeschränkungen für die Bürger aufgehoben werden, wird der Lockdown immer wieder verlängert, ja sogar noch verschärft.“

Es ist auch niemandem logisch erklärbar, warum sich Bürger dicht an dicht in Bussen, Bahnen und Supermärkten drängeln dürfen, Gast- und Sportstätten mit ausgeklügelten Gesundheitskonzepten und ausreichendem Abstand schließen müssen. Die CDU hat sich offenbar in einer Bunkermentalität eingerichtet und sich extrem weit von den Bürgern entfernt.

Bisher haben diese Schikanen jedenfalls keinerlei gesundheitspolitische Wirkung entfaltet. Im Gegenteil!“

<https://www.facebook.com/AfD.Sachsen/photos/a.322068014589056/3604187519710406/>

Elektromobilität: CDU subventioniert Zerstörung von Arbeitsplätzen!

In einer Antwort auf eine aktuelle Kleine Anfrage (Drs. 7/5756) gibt die Staatsregierung eine „vorsichtig optimistische Prognose“ zur Zukunft der sächsischen Automobilzuliefererindustrie ab. Zur Begründung heißt es, 43 Prozent der Unternehmen erwarteten „steigende Umsätze im Bereich der E-Mobilität“. Dazu erklärt der Fragesteller [Thomas Thumm](#):

„Mahle in Freiberg, Continental in Limbach-Oberfrohna und Koki Technik Transmission Systems in Glauchau und Niederwürschnitz haben in den letzten Monaten angekündigt, Werke zu schließen bzw. in einer erheblichen Größenordnung Mitarbeiter zu entlassen. Wie man sich angesichts dieser Nachrichtenlage optimistisch zeigen kann, ist mir ein Rätsel.“



Fakt ist: Der ökoplanwirtschaftlich vorangetriebene Ausbau der Elektromobilität vernichtet mehr Arbeitsplätze, als neue geschaffen werden können. Das trifft Sachsen hart, da wir fast 100.000 Beschäftigte in der Autoindustrie haben, von denen viele um ihre Stelle bangen müssen. Ein Drittel der sächsischen Zulieferer drohen laut Branchenmonitoring unter die Räder zu geraten. Zudem beschweren sich zwei Drittel über die unsinnige, neue CO2-Bepreisung.

Die immense Subventionierung der E-Mobilität ändert indes wenig an den Nachteilen dieser bereits vor über 100 Jahren schon einmal gescheiterten Technologie: Die Reichweiten der Fahrzeuge sind gering und spätestens, wenn es um die

Entsorgung der Batterien geht, ist auch die ökologische Bilanz oftmals schlechter als bei Verbrennern.

Aus diesem Grund hat die AfD-Fraktion bereits 2017 im Sächsischen Landtag beantragt, Fristen zur Abschaffung von Diesel- und Verbrennungsmotoren auszuschließen. Wir setzen uns für einen marktwirtschaftlichen Wettbewerb der Antriebstechnologien ein und halten es für einen schwerwiegenden Fehler der Bundes- und Landesregierung, ausschließlich die E-Mobilität zu bevorzugen.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/elektromobilitaet-cdu-subventioniert-zerstoerung-von-arbeitsplaetzen/>



Neues von der Alternative für Deutschland

PRESSEMITTEILUNGEN vom Osterwochenende 2021

Präsident des Verfassungsgerichts verteidigt Merkels Chaos-Politik

Der Präsident des Bundesverfassungsgerichts Stephan Harbarth, der bis 2018 CDU-Bundestagsabgeordneter war und auf Bestreben von Angela Merkel in sein jetziges Amt kam, verteidigt die Regierungspolitik und äußert Verständnis für Fehler, die unter Zeitdruck geschehen würden.

Für Stephan Brandner, stellvertretender Bundesvorsitzender, kommt das wenig überraschend:

„Was soll man von einem Präsidenten des Bundesverfassungsgerichtes erwarten, der erst kürzlich aus der Rolle des CDU-Fraktionsvorstandes im Bundestag zum obersten Wächter der Verfassung gewechselt ist? Und das auch nur, weil Merkel es so wollte. Eine Krähe hackt der anderen eben kein Auge aus!

Den Schutz unserer Verfassung kann man niemandem ans Herz legen, der parteipolitisch gebunden ist und nahtlos von der einen in die andere Rolle geschlüpft ist. Harbarth ist kein Wächter der Verfassung – er ist ein Verteidiger der Merkelpolitik, ein Präsident des Verfassungsgerichts von Merkels Gnaden. So kann eine sinnvolle Gewaltenteilung nicht funktionieren!“

<https://www.afd.de/stephan-brandner-verfassungsgerichtspraesident-harbarth-verteidigt-merkels-chaos-politik/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 7.4.2021

Carsten Hütter zur sächsischen Munitionsaffäre

Ein Bauernopfer reicht nicht.

Die Munitionsaffäre bei der sächsischen Polizei hat erste personelle Konsequenzen. Das sächsische Innenministerium hat den Präsidenten des Landeskriminalamtes, Petric Kleine, und den für Spezialkräfte zuständigen Abteilungsleiter Sven Mewes mit sofortiger Wirkung von ihren Funktionen entbunden, melden verschiedene Medien.

Dazu Carsten Hütter, Mitglied im Bundesvorstand:

„Kleine muss gehen und dies scheint einmal mehr ein Bauernopfer zu sein, welches von der Ratlosigkeit der CDU-geführten Regierung in Sachsen zeugt. Die Freistellung der Personalie Mewes macht da schon eher Sinn und ist durchaus nachvollziehbar.



Bestechlichkeit, Munitionsdiebstahl und Verstöße gegen das Waffengesetz in den Reihen der Polizei und in diesem Ausmaß erfordern aber weitaus mehr Konsequenzen.

Hier muss sich mindestens auch der Innenminister fragen, ob er seinem Amt und seiner Dienstaufsichtspflicht noch umfassend gerecht wird.“

<https://www.afd.de/carsten-huetter-zur-saechsischen-munitionsaffaere/>

Also doch: Söder will Sonderrechte nach Impfung!

Diese Horrorvorstellung wurde immer wieder ins Reich der Verschwörungstheorien verwiesen: Ein indirekter Impfzwang und eine Zwei-Klassen-Gesellschaft, bei der die Ungeimpften zu Bürgern



niederen Rechts degradiert werden. Doch genau das plant offenbar Bayerns Ministerpräsident Markus Söder (CSU), der sich immer mehr zu einem größtenwahnsinnigen Bayern-Cäsar im Machtrausch entwickelt. Bei einer Pressekonferenz ließ Söder nun die Katze aus dem Sack und verlautete: „Es wird keine Quarantäne für Personen geben, die zweimal geimpft sind und nach Bayern einreisen wollen.“ Tests würden bei diesen Personen weiterhin durchgeführt werden, aber eine Quarantäne entfalle in Zukunft. Dass es dabei nur bei Quarantäne-Vorrechten bleiben wird, ist schwer vorstellbar. Der Damm ist gebrochen.

Zumal sich einmal mehr zeigt, welche Halbwertszeit die Corona- und Impf-Zusicherungen von Söder und Co wirklich

haben. Erst beteuerte Söder, es werde aus seiner Sicht „keine Impfpflicht geben, aber klare Empfehlungen, für welche Gruppen das Impfen gut wäre.“ Die Tinte der Journalisten war kaum trocken, da brachte Söder einen Impfzwang für Pflegekräfte ins Gespräch. Auch sein Unionskollege, der ebenso dilettierende Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU), geriert sich als Impf-Wendehals. Spahn, der einst auch fälschlich verkündete, man werde „mit dem Wissen von heute“ keine Frisöre mehr schließen, sprach sich zuerst gegen Sonderrechte für Geimpfte aus. Und erklärt nun: „Wer geimpft ist, kann ohne weiteren Test ins Geschäft oder zum Friseur.“ Nur mit der AfD ist und bleibt klar: Es darf keine Zwei-Klassen-Gesellschaft geben – auch nicht beim Gesundheitsschutz! Jeder Bürger muss selbst entscheiden können, ob er sich gegen das Coronavirus impfen lassen möchte oder nicht.

<https://afdkompakt.de/2021/04/07/also-doch-soeder-will-sonderrechte-nach-impfung/>



Neues von der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

PRESSEMITTEILUNGEN vom Osterwochenende 2021

Deutschland sollte sich bei PCR-Tests an WHO-Empfehlung halten

Zu zwei Gerichtsentscheidungen in Österreich und Belgien im Zusammenhang mit den Corona-Maßnahmen teilt der AfD-Bundestagsabgeordnete und Mitglied im Gesundheitsausschuss, Paul Podolay, mit:

„Unsere Nachbarn haben mit brisanten Gerichtsurteilen im Maßnahmen-Dschungel aufgeräumt. Das Urteil des Wiener Gerichts, ist absolut zu begrüßen. Das Verbot einer Corona-Demonstration ist laut Urteil zu Unrecht erfolgt, da die Corona-Falldefinition des österreichischen Gesundheitsministeriums nicht den Standards der Weltgesundheitsorganisation (WHO) entspricht.

Leider hält man sich auch in Deutschland bisher nicht an die WHO-Empfehlung, nach einem positiven PCR-Test eine ärztliche Diagnose hinzuzuziehen, um einen eindeutigen Covid-19-Fall festzustellen. Wissenschaftliche Standards scheinen nur dann zu gelten, wenn sie die willkürlichen Maßnahmen der Regierung unterstützen.

Aber auch unsere belgischen Nachbarn haben neue Töne angeschlagen: Belgien muss nach einem Gerichtsurteil innerhalb von 30 Tagen alle Maßnahmen zur Eindämmung des Virus zurücknehmen, oder ein neues Gesetz einbringen, da die Maßnahmen ohne Rechtsgrundlage vollzogen wurden.

Es bleibt zu hoffen, dass auch deutsche Verwaltungsgerichte und das Verfassungsgericht zu ähnlichen Erkenntnissen gelangen und die verfehlte Politik zur Rechenschaft ziehen.“

<https://afdbundestag.de/podolay-deutschland-sollte-sich-bei-pcr-tests-an-who-empfehlung-halten/>

Keine Impfpflicht durch die Hintertür

Zum Vorstoß von Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU), geimpften Bürgern wieder die vollen Grundrechte einzuräumen teilt die Vorsitzende der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag, Alice Weidel, mit:



„Gesundheitsminister Jens Spahn prescht mal wieder vor, ohne nachzudenken – das kann er gut. In der Bild am Sonntag kündigt er eine Rückkehr zu Freiheitsrechten nur für Geimpfte an. ‚Wer vollständig geimpft wurde, kann also in Zukunft wie jemand behandelt werden, der negativ getestet wurde‘, so Spahn. Wer geimpft ist, könne ohne weiteren Test ins Geschäft oder zum Friseur. Zudem solle es keine Quarantäne und Testpflicht mehr nach Urlaubsreisen ins Ausland geben.

Nun ist die Katze also aus dem Sack. Erst kommt die Testpflicht in allen möglichen Lebensbereichen und kurz danach verkündet der Gesundheitsminister eine Befreiung von

genau dieser Testpflicht für Geimpfte. Mit diesem Vorgehen sät die Bundesregierung einen Spaltpilz in die Gesellschaft. Mit Privilegien für Geimpfte droht eine Zwei-Klassen-Gesellschaft, in der die Wahrnehmung zentraler Grundrechte an die vorbehaltlose Preisgabe persönlicher Daten geknüpft ist. Solchen verfassungsrechtlich problematischen Bestrebungen wird sich die AfD-Fraktion entschieden widersetzen. Wir fordern stattdessen, alle Grundrechtseinschränkungen unverzüglich für alle Bürger aufzuheben.

Denn was hier als ‚mehr Freiheiten für Geimpfte‘ verkauft wird, ist nichts anderes als die Stigmatisierung derer, die noch nicht geimpft sind oder sich nicht impfen lassen wollen. Da die AfD-Fraktion eine Impfpflicht ablehnt, darf es auch keine Privilegien für Geimpfte geben. Eine Impfpflicht durch die Hintertür darf es nicht geben.

Die Regierung hat mit ihren Maßnahmen schon lange die Verhältnismäßigkeit der Dinge aus dem Blick verloren. Der Vorstoß offenbart einmal mehr die Tendenz, die Corona-Krise zur Schaffung eines Überwachungsstaats zu missbrauchen und die Exekutive auf Kosten von Bürgerrechten zu stärken. Freiheitsrechte müssen unbedingt und für alle Bürger in gleichem Maße gelten.“

<https://afdbundestag.de/weidel-keine-impfpflicht-durch-die-hintertuer/>

Freiheitsrechte der Bürger unverzüglich wiederherstellen

Zu Medienberichten über Pläne des Kanzleramtes für einen verschärften Lockdown nach Ostern teilt die Vorsitzende der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag, Alice Weidel, mit:

„Die aus dem Kanzleramt an die Öffentlichkeit gelangten Überlegungen für eine neuerliche Verschärfung der Grundrechtseinschränkungen unter dem Vorwand der Pandemie-Bekämpfung sind sehr beunruhigend. Die Bundeskanzlerin und ihre Berater scheinen endgültig Maß und Mitte beim Kampf gegen das Corona-Virus verloren zu haben. Die Fixierung auf die Inzidenzwerte verstellt den politisch Verantwortlich offenbar immer mehr den Blick auf die verheerenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Folgen der seit Monaten andauernden wirkungslosen Lockdown-Politik. Statt dem Land immer mehr von dieser schädlichen Medizin zu verabreichen, muss die Bundesregierung endlich Konsequenzen aus ihrem Scheitern bei der Impfkampagne und beim Schutz von Risikogruppen ziehen.

Die AfD-Fraktion als größte Oppositionsfraktion lehnt die nun ins Spiel gebrachte Verschärfung des Infektionsschutzgesetzes zur Verhängung eines ‚Bundeslockdowns‘ entschieden ab und wird sich mit allen parlamentarischen Mitteln dagegen zur Wehr setzen. Bundestag und Bundesrat



müssen jetzt gemeinsam und entschlossen dafür sorgen, dass die sich immer schneller drehende Spirale der Grundrechts-Einschränkungen gestoppt wird und die Freiheitsrechte der Bürger ohne Einschränkungen unverzüglich wiederhergestellt werden.“

<https://afdbundestag.de/weidel-freiheitsrechte-der-buerger-unverzueglich-wiederherstellen/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 6.4.2021

Kein weiteres Flüchtlingsabkommen mit der Türkei

Zu den Verhandlungen der EU mit der Türkei über ein neues Flüchtlingsabkommen erklärt der AfD-Fraktionsvorsitzende, Alexander Gauland:



„Das EU-Türkei-Flüchtlingsabkommen ist gescheitert. Die EU hat sich erpressbar gemacht und Erdogan nutzt diesen Umstand maximal aus. Mit ihm über eine Verlängerung oder gar Neuauflage des Abkommens zu verhandeln, ist unsinnig. Die Tributzahlungen an den türkischen Herrscher müssen sofort beendet werden.

Während sie Erdogan hofiert, lässt die EU ihren Mitgliedsstaat Griechenland beim Schutz der Außengrenzen allein. Auch das muss ein Ende haben.

Das Geld, das die EU vornehmlich aus dem Portemonnaie der deutschen Steuerzahler nach Ankara überweist, wäre wesentlich besser in einem wirksamen Ausbau eines EU-

weiten Grenzschutzes angelegt.

Wenn die EU hier weiterhin ihrer Verantwortung nicht gerecht wird und diese lieber gegen Geld in die Türkei abschiebt, verliert sie auch auf diesem Gebiet zusehends ihre Berechtigung.“

<https://afdbundestag.de/gauland-kein-weiteres-fluechtlingsabkommen-mit-der-tuerkei/>

Abitur darf nicht entwertet werden

Zur Forderung der GEW, in diesem Jahr notfalls auf Abiturprüfungen zu verzichten, teilt der bildungspolitische Sprecher der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag, Götz Frömming, mit:

„Die Forderung der GEW, notfalls auf Abiturprüfungen zu verzichten, ist völlig unverantwortlich. Dadurch werden die Schüler, die sowieso schon unter den Corona-Einschränkungen an den Schulen leiden, zusätzlich verunsichert.

Eine Prüfung muss sein, ansonsten wird das Abitur entwertet. Ein Notabitur ohne Prüfung benachteiligt die Schüler, die in diesem Jahr ihren Abschluss machen, und belegt sie mit einem lebenslangen Makel. Sie wären für immer der Anschlussjahrgang ohne ‚richtiges‘ Abitur. Das können wir den Schülern nicht zumuten. Wir sind nicht im Krieg.

Dass dieser leistungs- und letztlich schülerfeindliche Vorschlag von der GEW kommt, verwundert nicht. Den Gewerkschaftsfunktionären geht es einmal mehr darum, ihre verfehlten egalitären



Bildungsvorstellungen zu propagieren. Das Abitur muss Reifezeugnis sein, das die Studierfähigkeit bescheinigt. Ein Abitur, das fast alle schaffen oder geschenkt bekommen, ist am Ende nichts wert.

Die Schüler brauchen keine zweifelhaften Geschenke. Sie haben ein Recht auf Bildung und reguläre Prüfungen. Kultusminister, Schulverwaltungen und Lehrer sind jetzt gefordert, alle notwendigen Hilfen bereitzustellen, die es den Abiturienten ermöglichen, auch unter Corona-Bedingungen ihre Schullaufbahn mit einem regulären Abschluss erfolgreich zu beenden.“

<https://afdbundestag.de/froemming-abitur-darf-nicht-entwertet-werden/>

Fachfremde Pflanzenschutzmittelverbote schaden der Insektenvielfalt

In einer [Kleinen Anfrage](#) wollte die AfD-Bundestagsfraktion wissen, welche Folgen die Umsetzung des sogenannten Insektenschutzgesetzes für die Landwirtschaft hätte. Darin beabsichtigt die Bundesregierung durch ein Verbot gewisser Pflanzenschutzmittel die Landwirtschaft zu extensivieren, um dadurch die Artenvielfalt zu fördern.

Der agrarpolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, Stephan Protschka, äußert sich zu den Antworten der Bundesregierung wie folgt:

„Die beabsichtigten Maßnahmen zum Insektenschutz sind nicht geeignet, um den beobachteten Insektenrückgang aufzuhalten. Im Gegenteil wird sich die Situation durch die geplanten Pflanzenschutzmittelverbote eher verschlechtern, weil künftig eine deutlich intensivere Bodenbearbeitung notwendig werden wird. Wie etliche wissenschaftliche Studien zeigen, reduziert die intensive mechanische Bearbeitung die Populationen von Regenwürmern und Bodenarthropoden nachweislich. Darüber hinaus entzieht das Pflügen zahlreichen Arten die Nahrungsgrundlage.

Wir lehnen das sogenannte Insektenschutzgesetz auch deshalb ab, weil es bislang keinerlei wissenschaftliche Ursachenforschung zum Insektenrückgang gibt. Es ist völlig unklar, ob die geplanten Maßnahmen zum Schutz der Insektenvielfalt beitragen oder nicht. Was wir hingegen wissen ist, dass den betroffenen Landwirten massive Einkommensverluste sowie eine Entwertung ihrer landwirtschaftlichen Flächen drohen. Außerdem werden wir deutlich mehr Nahrungsmittel aus dem Ausland importieren müssen, wo Umwelt- und Artenschutz in der Regel keine Rolle spielen. Das müssen wir verhindern. Insektenschutz geht nur gemeinsam mit den Bauern und nicht gegen sie.“

<https://afdbundestag.de/protchka-fachfremde-pflanzenschutzmittelverbote-schaden-der-insektenvielfalt/>

Deutschland muss sich für mehr Dialog über Sicherheitsfragen in der Nahmittelostregion starkmachen

Zu den in Wien stattfindenden Gesprächen über eine Wiederbelebung des Atomabkommens mit dem Iran erklärt der außenpolitische Sprecher der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag Armin-Paul Hampel:

„Wenn sich ab Dienstag und in den kommenden Wochen in Wien Spitzendiplomaten und Experten im Rahmen der Internationalen Atomenergieagentur (IAES) zu längeren Gesprächen über ungeklärte Atomfragen treffen, dann ist das aus deutscher Sicht unbedingt zu begrüßen. Wir vertreten unverändert den Standpunkt, dass Verträge zu halten sind und eine Rückkehr der USA



zum sogenannten Atomdeal mit dem Iran unbedingt wünschenswert und vor allem auch im deutschen Interesse ist. Die US-Sanktionen gegen den Iran waren wirkungslos und erschwerten bisher jeden Dialog. Sollten die Gespräche zum Erfolg führen, dann wäre dies eine entscheidende Voraussetzung für eine gegenseitige Vertrauensbildung nicht nur zwischen den USA, Iran und allen Partnern der 2015 abgeschlossenen Atomvereinbarung, also auch Russland und China. Und diese Vertrauensbildung wäre grundlegend dafür, dass es längerfristig die von der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag seit jeher gewünschte Entwicklung zu mehr Dialog über Sicherheitsfragen in der instabilen Nahmittelostregion kommen kann.

Deutschland hat einen guten Ruf in dieser Region und ist von allen beteiligten Staaten als verlässlicher Gesprächspartner anerkannt. Daher erwarten wir von der Bundesregierung, dass sie alles in ihren Möglichkeiten stehende dafür unternimmt, dass vor allem US-Präsident Biden gegen die Widerstände in Washington einen ersten Schritt zur Wiederbelebung dieses wichtigen Abkommens unternimmt und zugleich als geeigneter Mediator auch den Iran zur Kompromissbereitschaft drängt.“

<https://afdbundestag.de/hampel-deutschland-muss-sich-fuer-mehr-dialog-ueber-sicherheitsfragen-in-der-nahmittelostregion-starkmachen/>

„Brückenlockdown“ ist kosmetischer Etikettenschwindel für ein gescheitertes Konzept!

Armin Laschet hat offenbar das dringende Bedürfnis verspürt, im Merkel-Ähnlichkeits-Wettbewerb mit Markus Söder ein paar Punkte aufzuholen. Anders ist sein unausgegorener und undurchdachter Etikettenschwindel mit dem "Brückenlockdown" nicht zu erklären.

Offenbar hat Herr Laschet nicht bemerkt, dass Deutschland bereits seit einem halben Jahr im politisch verordneten Zwangstillstand und Berufsverbot für ganze Branchen steckt, ohne dass das für die Bekämpfung des Virus nennenswert etwas gebracht hätte. Der "Lockdown" ist das falsche Konzept und gescheitert, auch wenn das Polit-Marketing immer neue verharmlosende Namen dafür erfindet. Ein Holzweg bleibt ein Holzweg, auch wenn man neue Schilder daran aufstellt.



Statt sich immer neue Grundrechtseinschränkungen und existenzgefährdende Belastungen für Bürger und Gewerbetreibende auszudenken, müssen die Regierenden in Bund und Ländern endlich ihre Arbeit machen und sich auf ihre Kernaufgaben konzentrieren: Risikogruppen schützen, das Gesundheitssystem ausreichend ausstatten und endlich dafür sorgen, dass jeder, der sich impfen lassen will, das schnell und unbürokratisch beim Hausarzt erledigen kann.

<https://www.facebook.com/aliceweidel/photos/a.1063313067013261/4233328436678359/>



PRESSEMITTEILUNGEN vom 7.4.2021

Covid-19-Todesfälle laut RKI um 80 Prozent zurückgegangen

Podolay: Covid-19-Todesfälle laut RKI um 80 Prozent zurückgegangen

Nach aktueller Datenauswertung des Robert Koch Institutes sind die Covid-19-Todesfälle in Deutschland im Jahr 2021 um 80 Prozent zurückgegangen. Im Januar 2021 lag die Zahl bei 5409 Todesfällen, sank kontinuierlich und lag im März 2021 (KW10) bei 1074 Covid-19-Todesfällen. Bei dieser Auswertung des RKI handelt es sich um die Anzahl verstorbener Personen, die zuvor laborbestätigt mit SARS-CoV-2 infiziert waren, wobei eine zweifelsfreie Kausalität zwischen Infektion und Tod nicht bestimmbar ist.

Dazu teilt der AfD-Bundestagsabgeordnete Paul Podolay, Mitglied im Ausschuss für Gesundheit, mit:

„Die vom RKI definierten Corona-Todesfälle sind um 80 Prozent zurückgegangen und niemand berichtet darüber. Ist dieser Erfolg keine Schlagzeile wert? Möchten Politiker und Leitmedien keine positiven Neuigkeiten verbreiten? Anstatt dessen sinniert CDU-Chef Armin Laschet 13 Monate nach Ausbruch der Pandemie über einen ‚Brücken-Lockdown‘, von dem er selbst nicht weiß, wie genau er aussehen soll. Im Hintergrund beten die Leitmedien weiterhin ihre bekannten Mantras der neuen, unkorrekten, Infektionszahlen runter, um die Bevölkerung nicht aus dem festen Griff der Massenhysterie zu lassen.

Kommt als nächstes der Einbahnstraßen-Lockdown? Wir brauchen innovative Lösungen und Mut zum Leben. Die Zahlen sprechen eine eindeutige Sprache: Es gibt keine Corona-Todeswelle.“

<https://afdbundestag.de/podolay-covid-19-todesfaelle-laut-rki-um-80-prozent-zurueckgegangen/>

Raus aus dem ewigen Lockdown

Felser: Raus aus dem ewigen Lockdown

AfD-Fraktionsvize Peter Felser hat die Mut- und Hilflosigkeit der Altparteien bei ihren Corona-Entscheidungen kritisiert: „Ein Ausweg aus dem ewigen Lockdown ist wieder in weite Ferne gerückt. Nach dem Rückzieher in Bayern, wieder mehr Leben wagen zu wollen, haben die Menschen ihre zuvor aufkeimende Zuversicht wieder verloren. Es bleibt einfach weiter alles verboten. Das ist unsinnig, denn es nimmt den Menschen erneut die Hoffnung auf eine Rückkehr zu Freiheit und Wohlstand. So kann und darf es nicht weitergehen.

Wir fordern das **sofortige Ende des Lockdown**. Schutz von Risikogruppen, statt Verbote für alle. Schulunterricht statt Bildungsnotstand. Umsätze statt Berufsverbote. Freiheit statt Staatswillkür.“

<https://afdbundestag.de/felser-raus-aus-dem-ewigen-lockdown/>

Eine angebliche „Fallakte Putin“ in der Dresdner Unterlagenbehörde (BStU) existiert nicht

Oehme: Eine angebliche „Fallakte Putin“ in der Dresdner Unterlagenbehörde (BStU) existiert nicht

Zur angeblichen „Fallakte Putin“ in der Dresdner Unterlagenbehörde (BStU) erklärt der AfD-Bundestagsabgeordnete Ulrich Oehme, Mitglied für das Beratungsgremium des Deutschen Bundestags nach § 39 Stasi-Unterlagen-Gesetz:



„Mein nachfolgendes Statement nimmt keinen Bezug auf aktuelle Vorgänge zu Herrn Alexei Navalny, deren Klärung hoheitsrechtlich der Russischen Föderation vorbehalten bleibt.

Der russische Staatsangehörige Alexei Navalny hatte in seinem Film ‚Ein Palast für Putin‘ (‚Дворец для Путина‘, Januar 2021) eine ‚Fallakte Putin‘ präsentiert. Und das in den Räumlichkeiten der Dresdner Zweigstelle des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR.

Vorhanden sind im Fall Putin/Dresden einzelne Dokumente – keine ‚Fallakte‘ oder Beobachtung durch das ehemalige Ministerium für Staatssicherheit – über die nachrichtendienstliche Zusammenarbeit zwischen der DDR und der UdSSR im Zuständigkeitsbereich der Bezirksverwaltung des MfS Dresden. Darin findet sich mitunter der damalige Major Vladimir Putin. Auszugsweise wurde das durch die Wissenschaftler Sarah-Christin Mueller und Dr. Karen Dawisha ([Miami University, 2014](#)) dokumentiert.

Dass die damaligen Nachrichtendienstoffiziere der UdSSR Nikolai Tokarev (früher: Nachrichtenwesen, heute: Transneft) und Sergey Chemezov (damals: LUCH/Strahl, heute: Rostec) ebenfalls in Dresden stationiert und (wohl) Kollegen Vladimir Putins waren, geht aus der Fachliteratur seit über einem Jahrzehnt hervor. Zuletzt strahlte das russische Fernsehen 2017 einen [Bericht](#) über den 90. Geburtstag des Dresdner Vorgesetzten V. Putins, Lazar Metveev, aus.

Der Bundesregierung wird im Interesse der Glaubwürdigkeit ihrer Behörden zu einer Klarstellung geraten.“

<https://afdbundestag.de/oehme-eine-angebliche-fallakte-putin-in-der-dresdner-unterlagenbehoerde-bstu-existiert-nicht/>

IWF-Wachstumsreport ist Versagerattest für Coronapolitik der Bundesregierung

Der aktuelle Wachstumsreport des Internationalen Währungsfonds (IWF) sieht Deutschland bei der Wirtschaftsdynamik als Schlusslicht unter den wichtigen Volkswirtschaften. Dazu erklärt die Fraktionsvorsitzende der AfD im Deutschen Bundestag Alice Weidel:

„Die Zahlen des IWF sind ein Zeugnis des Versagens für die Corona-Krisenpolitik der Bundesregierung und strafen das stereotype selbstverliebte Eigenlob von Kanzlerin und Wirtschaftsminister Lügen. Fakt ist: die plan- und einfallsslose Dauer-Lockdown-Politik und das doppelte Exekutivversagen beim Impfdebakel auf nationaler und EU-Ebene hängen der deutschen Wirtschaft wie Mühlsteine um den Hals. Mit zerrütteten Staatsfinanzen und schwer geschädigtem Mittelstand kommt Deutschland weit schlechter aus dieser Krise als noch aus der Finanzkrise vor zwölf Jahren.

Nicht nur die USA und Großbritannien hängen Deutschland bei der Dynamik der wirtschaftlichen Erholung ab. Selbst Italien wird laut IWF-Prognose schneller wieder auf die Beine kommen, nicht zuletzt dank Milliarden-Transfers auf Kosten der deutschen Steuerzahler. Die Merkel-Regierung hat in der Coronakrise das mittelständische Rückgrat unserer Volkswirtschaft schwer beschädigt und unserem Land ohne Not erdrückende Hypotheken aufgeladen. Jeder Monat, den diese Regierung weiterwurstelt, bedeutet für Deutschland zusätzliche Verluste an Wohlstand und Zukunftschancen.“

<https://afdbundestag.de/alice-weidel-iwf-wachstumsreport-ist-versagerattest-fuer-coronapolitik-der-bundesregierung/>



Entwurf des Härtefallfonds ist ein Armutszeugnis für die Bundesregierung

Der im Koalitionsvertrag verankerte Härtefallfonds für DDR-Zusatzrenten liegt nun endlich als Entwurf im Ministerium für Arbeit und Soziales vor.

Die rentenpolitische Sprecherin der AfD-Bundestagsfraktion, Ulrike Schielke-Ziesing, kritisiert die verspätete Umsetzung:

„Die Koalition hat sich mit der Umsetzung des Härtefallfonds sehr lange Zeit gelassen. Dass laut Entwurf das Geld erst 2023, also in der nächsten Legislaturperiode, ausgezahlt werden soll, ist ein Affront für alle Betroffenen. Der Härtefallfonds kommt zu spät, berücksichtigt nicht alle betroffenen Personengruppen und setzt unverhältnismäßig hohe Hürden für den Bezug. Warum werden bei geschiedenen DDR-Frauen Ehezeiten und Zahl der Kinder geprüft? Warum muss bei bestimmten Gruppen im Jahr 1992 das 40., bei anderen das 50. Lebensjahr vollendet gewesen sein?

Das ist alles nicht logisch und erweckt den Eindruck, dass hier willkürliche Kriterien geschaffen werden, um Geld zu sparen. Auf diese Art wird keine Gerechtigkeit geschaffen, die so dringend nötig ist.

Das Ganze ist ein Armutszeugnis für die Bundesregierung. Damit sollten die Ostdeutschen sich nicht zufrieden geben und am Wahltag genau darauf achten, welche Partei sie seit 30 Jahren hinhält und nun mit diesem schlichten Fonds abspesen will.“

<https://afdbundestag.de/schielke-ziesing-entwurf-des-haertefallfonds-ist-ein-armutszeugnis-fuer-die-bundesregierung/>

Grundrechte gelten für alle

Erneut werden die Rufe, diesmal der Bundesjustizministerin Lambrecht, laut, die eine Beendigung der massiven Grundrechtseinschränkungen nur für Geimpfte fordern.

Der AfD-Bundestagsabgeordnete und ehemalige Vorsitzende des Ausschusses für Recht und Verbraucherschutz, Stephan Brandner, macht deutlich, dass Grundrechte keine Privilegien für bestimmte Gruppen seien, sondern universell und gleichermaßen für alle gälten. Eine individuelle Impfentscheidung könne nicht als Maßstab für die Gewährung der Grundrechte genutzt werden.

Brandner wörtlich hierzu:

„Grundrechte gelten auch und vor allem in Krisenzeiten für alle. Es ist nicht der Staat, es sind nicht die Regierenden, die Grundrechte bestimmten Gruppen zur Verfügung stellen oder sie ihnen gewähren und andere von ihnen ausschließen, es ist unserer Verfassung. Jedem Menschen muss es freistehen, sich impfen zu lassen oder es nicht zu tun. Dass nun seitens der Bundesregierung gerade angesichts der schweren gesundheitlichen Folgen der Nutzung des AstraZeneca-Impfstoffes, die immer wieder für Schlagzeilen gesorgt haben, die Impfwillingkeit wohl mittels dieser Erpressung mit der Grundrechtsgewährung erhöht werden soll, ist schäbig und unverantwortlich.“

<https://afdbundestag.de/brandner-grundrechte-gelten-fuer-alle/>



PRESSEMITTEILUNGEN vom 8.4.2021

Entmachtung der Länder – Verfassungsbruch als Merkels "Abschiedsgeschenk"!



Laut Medienberichten droht ein Super-Lockdown auf Bundesebene: Angela Merkel bereitet demnach mit der Bundestagsfraktion der Union eine Änderung des Infektionsschutzgesetzes vor. Die stellvertretende Vorsitzende der AfD-Bundestagsfraktion, Beatrix von Storch, erklärt:

„In ihrer Verblendung marschiert die Bundeskanzlerin immer weiter in die falsche Richtung. Merkels Corona-Politik ist nur noch ein Kampf zum Machterhalt. Dafür opfert die Kanzlerin auch das föderale System Deutschlands. Nach der von ihr persönlich angeordneten illegalen Masseneinwanderung 2015 ist das der nächste Verfassungsbruch dieser Bundeskanzlerin. Und in bester Propagandamanier, gelernt ist gelernt, werden

die Worte verdreht, um die Menschen zu täuschen: ‚Gemeinsam‘ meint in Wirklichkeit ‚einheitlich‘ und ‚solidarisch‘ steht für ‚gehorsam‘. Nach 1990 wollten wir nie wieder eine Einheitspartei mit einem ZK, das über gehorsame Bezirke herrscht. Wehret den Anfängen!

Was von den Horrorzahlen der Lockdown-Fanatiker zu halten ist, hat jetzt auch das Verwaltungsgericht Wien in einem Urteil (Entscheidung vom 24.03.2021, GZ: VGW-103/048/3227/2021-2) festgestellt: Es hat ein Versammlungsverbot aufgehoben, weil es PCR-Tests für nicht aussagekräftig hält, da bei derartigen Tests die Fehlerquote zu hoch sei. Vielmehr komme es allein auf die Anzahl der Infektionen/Erkrankten an. Und eine tatsächliche Erkrankung könne nur durch einen Arzt festgestellt werden. Allein aufgrund eines PCR-Tests ist eine Corona-Infektion nicht nachgewiesen. Dabei verweist das Gericht auf die WHO.“

<https://www.facebook.com/afdimbundestag/photos/a.159958374587682/870763633507149/>

Kürzung der Verhinderungspflege ist Schlag ins Gesicht für Eltern mit behinderten Kindern

Gesundheitsminister Spahn will die Pflegereform in Angriff nehmen. In einem ersten Arbeitsentwurf des Bundesgesundheitsministeriums gehen verschiedene Änderungen hervor. Unter anderem sollen die Verhinderungspflege und Kurzzeitpflege zusammengelegt werden. Viele Angehörige nutzen derzeit die Verhinderungspflege auf Stundenbasis. Nach dem Entwurf sollen aber nur 40 Prozent des Gesamtbudgets auf diese Art der Auszeit entfallen dürfen. Dazu teilt der AfD-Bundestagsabgeordnete Robby Schlund, Mitglied im Ausschuss für Gesundheit, mit:

„Die finanzielle Kürzung der Verhinderungspflege ist ein Schlag ins Gesicht für alle Eltern mit behinderten Kindern. Gerade hier wird die stufenweise Verhinderungspflege oft in Anspruch genommen. Doch von derzeit jährlich 2.418 Euro sollen künftig nur noch 1.320 Euro im Jahr zur Verfügung gestellt werden.

Eine gute Pflege zu Hause kann somit nicht mehr sichergestellt werden. Gerade in der jetzigen Pandemiezeit müssen die Eltern unterstützt und nicht vor den Kopf gestoßen werden. Viele Unterstützungs- und Präventionsangebote im Behindertenbereich sind aktuell wegen der Hygiene- und Sicherheitsauflagen nicht greifbar, sodass die häusliche Last enorm ist. Hier noch die



finanzielle Absicherung zu streichen, ist mehr als unsolidarisch und hat mit einem Sozialstaat nichts mehr zu tun. Der Referentenentwurf muss zum Wohle der Familien und der behinderten Kinder dringend überarbeitet werden.“

<https://afdbundestag.de/schlund-kuerzung-der-verhinderungspflege-ist-schlag-ins-gesicht-fuer-eltern-mit-behinderten-kindern/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 9.4.2021

Bundestag muss Kanzlerin und Ministerpräsidenten nicht um Erlaubnis fragen!

Zur Forderung der Vorsitzenden der Fraktionen von Union und SPD nach einer Debatte des Bundestages über die Corona-Maßnahmen noch vor der nächsten MPK teilen die Vorsitzenden der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag, Alice Weidel und Alexander Gauland, mit:

„Endlich haben auch die Fraktionsspitzen der Regierungsparteien erkannt, dass über die für unser Land folgenreichen Maßnahmen im Kampf gegen Corona im Deutschen Bundestag debattiert und entschieden werden muss. Die AfD-Fraktion fordert dies bereits seit Beginn der Corona-Krise. Es sollte eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein, dass der Bundestag und nicht die im Grundgesetz überhaupt nicht vorgesehene Kungelrunde aus der Bundeskanzlerin und den Ministerpräsidenten über so weitreichende Maßnahmen wie den wirtschaftlich und gesellschaftlich verhängnisvollen Lockdown entscheidet.

Es ist allerdings völlig unverständlich, dass die Vorsitzenden der Fraktionen von CDU/CSU und SPD die Debatte nicht einfach auf die Tagesordnung setzen, sondern die Bundeskanzlerin und die Ministerpräsidenten vorher regelrecht um Erlaubnis fragen. Das kommt einer Selbstverzweigung des Parlaments gleich. Nicht der Bundestag sollte sich nach dem Terminkalender der Bundeskanzlerin und der Ministerpräsidenten richten, sondern es muss genau umgekehrt sein.“

<https://www.facebook.com/afdimbundestag/photos/a.159958374587682/871319436784902/>

Lockdowns sind keine Lösung für Missmanagement in der Intensivmedizin

Bundesweit fehlen 3.500 bis 4.000 Fachkräfte für die Intensivpflege. Dabei wurden allein von August 2020 bis Dezember 2020 ca. 16 Prozent der Intensivbetten in Deutschland abgebaut, bei durchschnittlich gleichbleibender Anzahl der Intensivpatienten. Hierzu teilt der AfD-Bundestagsabgeordnete Robby Schlund, Mitglied im Ausschuss für Gesundheit, mit:

„Die mediale Verbreitung von Angst und Panik in der Bevölkerung vor fehlenden Intensivbetten ist eindeutig eine irreführende Berichterstattung. Die Kapazitäten an freien Intensivbetten und Beatmungsgeräten sind ausreichend, doch bereits vor der Corona-Pandemie gab es einen massiven Fachkräftemangel an den Kliniken. Um diesen Mangel nun auszugleichen, muss das Personal in den Kliniken umverteilt werden, was wiederum zu vorübergehenden Einschränkungen oder gar zeitweisen Schließungen in anderen Bereichen führt.

Ein erneut geplanter harter Lockdown löst dieses Problem nicht. Hier hätten schon viele Jahre vorher Anstrengungen für eine lösungsorientierte Personal- und Präventionspolitik unternommen werden müssen. Dieses Missmanagement fällt uns nun auf die Füße, da nützen auch die Brücken-, Light- oder Hardcore-Lockdowns nichts.



Aus diesem Grunde ist es zwingend erforderlich, das gescheiterte DRG-System abzuschaffen und eine komplette Neustrukturierung der Krankenhauslandschaft mit einem effizienteren Abrechnungssystem mit vorausbezahltem, regionalorientiertem Pro-Kopf-Vergütungssystem, kurz dem PRP, auszustatten.“

<https://afdbundestag.de/schlund-lockdowns-sind-keine-loesung-fuer-mismanagement-in-der-intensivmedizin/>

Spannungen in der Ostukraine – Keine falschen Signale an Kiew

Vor sieben Jahren, am 15. April 2014, begann die damalige ukrainische Regierung ihre sogenannte Anti-Terror-Operation gegen die Aufständischen im Osten der Ukraine. In dem bis heute andauernden Konflikt starben nach Schätzungen der Vereinten Nationen bisher über 13.000 Menschen. Angesichts der seit Februar deutlich wachsenden Spannungen mit Hunderten von Waffenstillstandsverletzungen und mehreren Toten erklärt der außenpolitische Sprecher der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag Armin-Paul Hampel:

„Ich warne vor einer einseitigen Darstellung der Entwicklungen. Beobachter der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa wiesen zuletzt auf zunehmende militärische Aktivitäten beider Konfliktseiten hin. Auch innenpolitische Entscheidungen des ukrainischen Präsidenten Selenskyj wie das Verbot dreier TV-Sender des ukrainischen Oligarchen Medwedtschuk wegen zu großer Russlandnähe Anfang Februar waren gewiss nicht hilfreich für eine Entspannung der Gesamtsituation.

Niemand kann und darf ein Interesse an einer weiteren Eskalation der Lage oder gar einer direkten militärischen Auseinandersetzung zwischen der Ukraine und Russland haben. US-Waffenlieferungen oder auch die Solidaritätsadressen von Seiten Washingtons, der NATO, der EU oder einzelner Nachbarländer an Kiew dürfen dort nicht falsche Erwartungen wecken und als Sicherheitsversprechen für einen bewaffneten Konflikt mit Russland verstanden werden.

Die AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag hält daran fest, dass eine Aufnahme des Landes in die Europäische Union und die NATO nicht im Interesse Deutschlands liegen würde. Den aktuell geäußerten Wünschen des ukrainischen Präsidenten sollte von deutscher Seite entsprechend klar geantwortet werden. Die Bundesregierung bleibt aufgefordert, ihr Gewicht in der NATO, innerhalb der EU und auch gegenüber den USA in die Waagschale zu werfen, um falsche Signale an Kiew zu verhindern. Und ebenso bleibt die Bundesregierung aufgefordert, ihren Einfluss sowohl in Moskau und vor allem auch in Kiew geltend zu machen, von jeder weiteren Eskalation abzusehen. Darüber hinaus ist die Verknüpfung der Entwicklungen in der Ostukraine mit den Themen NordStream 2 und Nawalny kontraproduktiv und wird Entspannungsbemühungen nur erschweren.“

<https://afdbundestag.de/hampel-spannungen-in-der-ostukraine-keine-falschen-signale-an-kiew/>

Gesetzliche Regelung der Finanzierung ‚politischer Stiftungen‘ ist überfällig

Glaser: Gesetzliche Regelung der Finanzierung ‚politischer Stiftungen‘ ist überfällig

Die Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen fordert laut Presseberichten ein Stiftungsgesetz. Die AfD hatte bereits 2018 einen Gesetzesvorschlag im Deutschen Bundestag eingebracht, der 2019 im Innenausschuss auch von den Grünen abgelehnt wurde.



Hierzu erklärt der AfD-Bundestagsabgeordnete Albrecht Glaser, einer der Mitautoren des AfD-Gesetzesentwurfs:

„Es ist höchste Zeit, dass die anderen Parteien den Ball aufnehmen, der schon seit Jahrzehnten auf ihrem Spielfeld liegt. Offenbar geht es jedoch den Grünen eher darum, eine staatliche Finanzierung der AfD-nahestehenden Stiftung, vergleichbar zu den Stiftungen anderer Parteien, zu verhindern. Seit Jahrzehnten werden ohne jegliche gesetzliche Grundlage sogenannte ‚politische Stiftungen‘ aller Parteien mit sehr viel Staatsgeld finanziert. Verfassungsrechtler und in den 90er Jahren die sog. Weizsäcker-Kommission hatten sich, vergleichbar zur Parteienfinanzierung, kritisch mit dem Thema beschäftigt und eine gesetzgeberische Regelung angemahnt. Der Spiegel schrieb seinerzeit wegen der unregelmäßigen Finanzierung der Parteistiftungen in Hinterzimmern von den ‚gesetzlosen Fünf‘. Im Jahr 2000 legte ein Autorenkollektiv von Fachjuristen einen Gesetzesentwurf hierzu vor.

Wenn überhaupt jemand an einer rechtlichen Klärung interessiert ist, dann ist es die AfD. 2018, kurz nach dem Eintritt in den Bundestag, haben wir uns bei unserem in den Bundestag eingebrachten Antrag in hohem Maße an der Weizsäcker-Kommission orientiert. Seither haben die etablierten Parteien jedoch – ähnlich wie in Sachen Wahlrechtsreform – nichts zuwege gebracht, auch die Grünen nicht. Unser Gesetzesvorschlag wurde im Innenausschuss beraten und dort ohne jegliche seriöse Argumentation am 19.03.2019 von allen anderen Parteien abgelehnt.

Zwischen 1990 und 2017 sind die gesetzlich noch immer nicht geregelten Zuwendungen an die ‚parteinahen Stiftungen‘ der etablierten Parteien auf schamlose Weise um das 4,5-fache auf rund 600 Millionen Euro jährlich angewachsen, was nicht mit der Qualität der geleisteten Arbeit zu erklären ist, sondern mit der Schaffung von Schutzräumen für gescheiterte Politiker. Allein die AfD-nahe Desiderius-Erasmus-Stiftung hat bisher keine Steuermittel erhalten. Unbeschadet dessen tritt die AfD in ihrem Gesetzesentwurf für eine drastische Mittelkürzung ein und für eine Kopplung der Finanzierung an andere Indikatoren, damit nicht erneut unter der Hand eine ungerechtfertigte Selbstbedienung des Politikbetriebs entsteht.“

<https://afdbundestag.de/glaser-gesetzliche-regelung-der-finanzierung-politischer-stiftungen-ist-ueberfaellig/>



Video-Empfehlungen

Kanal der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag

Alle Videos der Fraktion finden Sie hier:

<https://www.youtube.com/channel/UCVXqMg5NOK5z8dwtzqRcMNg/videos>

Kanal der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

Alle Videos der Fraktion finden Sie hier:

https://www.youtube.com/channel/UC_dZp8bZipjintBGLVHm6rw/videos

Kanal von AfD Kompakt TV

Wochenendpodcast der AfD

<https://afdkompakt.de/podcast/>

AfD im EU-Parlament

Alle Videos der AfD-Fraktion im EU-Parlament finden Sie hier:

<https://www.youtube.com/c/AfDimEUParlament/videos>



Meldungen aus Deutschland und der Welt

Vermischtes aus Deutschland und der Welt

Klößner kündigt Lagezentrum zur Ernährungssicherstellung an

<https://www.pfalz-express.de/kloeckner-kuendigt-lagezentrum-zur-ernaehrungssicherstellung-an/>

Merkel will Maßen für den Bundestag verhindern – Landeschef Hirte verschiebt Nominierungssitzung

<https://www.tichyseinblick.de/daily-es-sentials/merkel-will-maassen-fuer-den-bundestag-verhindern-landeschef-hirte-verschiebt-nominierungssitzung/>

Nächster Umfrage-Tiefschlag für CDU und Ministerpräsident Kretschmer: AfD zieht in Sachsen vorbei

<https://www.merkur.de/politik/sachsen-cdu-afd-michael-kretschmer-umfrage-ministerpraesident-corona-politik-zr-90316862.html>

Verfassungsgerichts-Präsident Harbarth offen für Verlängerung der Wahlperiode von vier auf fünf Jahre

<https://www.deutschlandfunk.de/bundestagswahlen-verfassungsgerichts-praesident-harbarth.1939.de.html>

Informationen zum Coronavirus

Robert Koch-Institut: COVID-19-Dashboard

<https://experience.arcgis.com/experience/478220a4c454480e823b17327b2bf1d4>

Johns Hopkins Universität: COVID-19-Dashboard

<https://gisanddata.maps.arcgis.com/apps/opsdashboard/index.html?fbclid=IwAR1YrifY296A08qQRaG58QD1QjNtpCUDVQJ2eC0qMURm1WtQkUQQ9Hjx2Gg#/bda7594740fd40299423467b48e9ecf6>

Aktuelle Belegungssituation intensivmedizinischer Bereiche der Krankenhaus-Standorte Deutschlands

<https://www.intensivregister.de/#/intensivregister?tab=kartenansicht>

Brigitte: „Maskenverweigerer“ sollen potentielle Psychopathen sein, die man meiden sollte

<https://www.tichyseinblick.de/meinungen/brigitte-maskenverweigerer-und-corona-leugner-sollen-potentielle-psychopathen-sein-und-gemieden-werden/>

Spahn stellt Geimpften Freiheiten in Aussicht

<https://www.n-tv.de/politik/Spahn-stellt-Geimpften-Freiheiten-in-Aussicht-article22469246.html>

Reich durch Corona: Wie deutsche Konzerne mit staatlichen Hilfgeldern Kasse machen

<https://de.rt.com/inland/115221-reich-durch-corona-wer-profitiert/>



Herr Stöcker erfand einen Impfstoff – und nun droht ihm Haft

<https://www.welt.de/wirtschaft/plus228974717/Impfstoff-Erfinder-Winfried-Stoecker-Held-oder-Verbrecher.html>

„Ohne neue Erkenntnisse werde ich meine Patienten nicht mit Astrazeneca impfen“

https://rp-online.de/panorama/coronavirus/astrazeneca-impfung-nrw-hausarzt-will-patienten-vorerst-nicht-mit-astrazeneca-impfen_aid-57146789

Merkel für kurzen und einheitlichen Lockdown

<https://www.bild.de/politik/2021/politik/corona-bekaempfung-merkel-unterstuetzt-kurzen-einheitlichen-lockdown-75984082.bild.html>

Douglas, MediaMarkt-Saturn, Esprit: Alarm in den Innenstädten - 120.000 Läden vor dem Aus

<https://www.merkur.de/wirtschaft/douglas-media-markt-saturn-esprit-handel-innenstaedte-deutschland-genth-studie-90291617.html>

EMA empfiehlt weiterhin Astrazeneca-Impfstoff – „Nutzen größer als Risiko“

https://rp-online.de/panorama/coronavirus/corona-liveblog-ema-empfeht-weiterhin-astrazeneca-impfstoff_aid-49194351

Merkel plant Lockdownpflicht für Länder

<https://www.n-tv.de/politik/Merkel-plant-Lockdownpflicht-fuer-Laender-article22475920.html>

Wie Merkel jetzt alle Corona-Macht ins Kanzleramt katapultieren will

<https://www.tichyseinblick.de/daily-es-sentials/merkel-bundeslockdown-kanzleramt-corona-macht-brinkhaus-infektionsschutzgesetz/>

Zahlen zum Tage: Wir testen uns zu Tode, wir fürchten uns zu Tode

https://www.achgut.com/artikel/wir_testen_uns_zu_tode_wir_fuerchten_uns_zu_tode

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte gibt grünes Licht für Zwangsimpfungen

<https://de.rt.com/europa/115616-entscheidung-europaischen-gerichtshofs-fur-menschenrechte-zwangsimpfung-ok/>

Corona-Infos für Sachsen

Sächsische Corona-Schutz-Verordnung

<https://www.coronavirus.sachsen.de/amtliche-bekanntmachungen.html>

Corona-Schutz-Verordnungen und Informationen für den Landkreis Bautzen

<https://www.landkreis-bautzen.de/corona-pandemie-im-landkreis-bautzen.php>

Corona-Statistik Landkreis Bautzen

https://www.google.com/maps/d/viewer?mid=1bMZYK_32xIQP_b-kkGdeBijXTmn-gkAt&ll=51.2527260461296%2C14.289679554517463&z=9



Kretschmer unterstützt Laschet-Vorstoß zu «Brücken-Lockdown»

https://www.focus.de/regional/sachsen/kretschmer-unterstuetzt-laschet-vorstoss-zu-bruecken-lockdown_id_13164456.html

Unschöne Nachrichten ... aus der Kategorie „Bereicherung“

Zwei Jugendliche sollen Frau in Parkhaus vergewaltigt haben – Haftbefehl

<https://www.welt.de/vermischtes/article229722417/Hagen-Zwei-Jugendliche-sollen-Frau-in-Parkhaus-vergewaltigt-haben-Haftbefehl.html>

Berlin: Arabische Clans bedrohen Mitarbeiter der Justiz

<https://www.berliner-zeitung.de/news/berlin-arabische-clans-bedrohen-die-justiz-li.150705>

Sea-Watch-4 hisst Antifa-Flagge

<https://www.tichyseinblick.de/daily-es-sentials/sea-watch-4-hisst-antifa-flagge/>

Frauen gejagt und vergewaltigt – nächster Angeklagter vor Berliner Gericht

<https://www.bz-berlin.de/tatort/menschen-vor-gericht/frauen-gejagt-und-vergewaltigt-naechster-angeklagter-vor-berliner-gericht>

Leverkusener Tierpark schließt wegen Clan-Beerdigung

https://www.t-online.de/region/koeln/news/id_89805588/leverkusen-tierpark-schliesst-wegen-clan-beerdigung-nebenan.html



Fakten in Bildern





Europäische Datenbank gemeldeter Verdachtsfälle von Arzneimittelnebenwirkungen

Gemeldete Impfschäden Europa (Stand: 04/03/2021)

Astra Zeneka:	133.310
Pfizer Biontech:	127.789
Moderna:	11.545
Janssen:	137
Total:	272.781

Gemeldete Todesfälle durch Impfung:

Astra Zeneka:	796
Pfizer Biontech:	3529
Moderna:	1618
Total:	5943

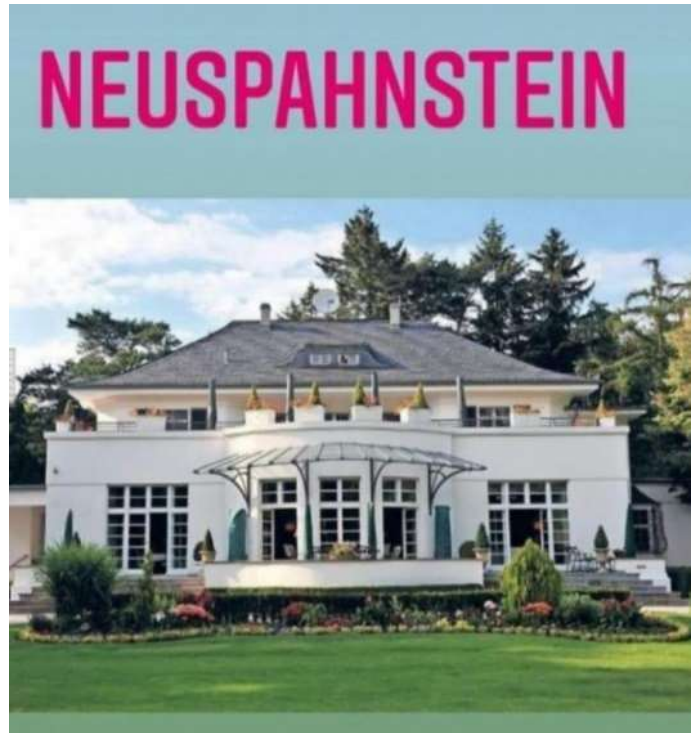




Achtung Satire!

.. ernste Dinge mit einem kleinen Augenzwinkern betrachtet, denn das Lachen lassen wir uns niemals verbieten!

Lauterbach warnt:
"Pandemie erst vorbei,
wenn ich eine Freundin
gefunden habe."





Kommunalmandate im KV Bautzen

Alle gewählten Mandatsträger des Kreisverbandes Bautzen finden Sie unter:

<http://www.afdbautzen.de/kommunalpolitik/>

PRESSE-ARCHIV

<http://www.afdbautzen.de/pressearbeit/blaue-post-bautzen/>

<http://www.afdbautzen.de/pressearbeit/blauer-rundbrief/>

SPENDENKONTO

AfD Kreisverband Bautzen
IBAN: DE 1685 0503 0002 2578 5552
BIC: OSDDDE81XXX
Ostsächsische Sparkasse

Entscheiden Sie selbst, ob ein Teil Ihrer Steuern besser als Spende beim Verein oder der Partei Ihrer Wahl aufgehoben ist oder beim Bundesfinanzminister!

VIEL SPAß BEIM LESEN UND VERBREITEN!

KONTAKT:

Büro Bautzen
Karl-Marx-Str. 15
02625 Bautzen
03591-5328336
Montag – Freitag
10.00-18.00 Uhr

Büro Hoyerswerda
Friedrichsstr. 9
02977 Hoyerswerda
03571-2096287
Montag: Geschlossen
Di/Mi: 9.00-16.00 Uhr
Do/Fr: 10.00-18.00 Uhr

Büro Kamenz
Klosterstr. 4
03578-7889108
Montag 12.00-18.00 Uhr
Dienstag 10.00-18.00 Uhr
Mittwoch 12.00-18.00 Uhr
Donnerstag 8.00-18.00 Uhr
Freitag 8.00-13.00 Uhr

www.afdbautzen.de
info@afdbautzen.de



AfD-Kreisverband Bautzen